Demand Management — Illusion oder Realität?

Ein Überblick zur Stabilisierungsdiskussion

„Wir, die Wissenschaft, sind nicht in der Lage, Ihnen eine eindeutige Antwort zu geben."

Gottfried *Bombach*[1]

Von Frohmund Grünärml, Marburg/L.

Die Globalsteuerung wird seit geraumer Zeit im Hinblick auf ihre Eignung, die relevanten Kreislaufgrößen in der gewünschten Weise wirksam beeinflussen zu können, einer strengen Prüfung unterzogen. Mit anderen Worten: Es wird gefragt, ob Geld- und Fiskalpolitik als herkömmliche Mittel zur globalen Steuerung eines angemessenen Wachstums bei Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht den angestrebten Erfolg zu erzielen vermögen.

Erfolg oder Mißerfolg herkömmlicher Konjunktursteuerung zu beurteilen, war Aufgabe eines internationalen Symposions, das vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in Zusammenarbeit mit dem „Bergedorfer Gesprächskreis"[2] veranstaltet wurde und dessen schriftlicher Niederschlag[3] den Anlaß für den vorliegenden Aufsatz lieferte.

I. Zielsetzung und Zielbewertung der Globalsteuerung

Das weithin anerkannte Ziel staatlicher Globalsteuerung wird darin gesehen, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erhalten bzw. anzustreben, d. h. konjunkturelle Auf- und Abschwünge möglichst weitgehend zu glätten. Die genauere Umschreibung dessen, was unter „gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht" verstanden werden soll, findet sich z. B. im deutschen „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 (BGBl. I, S. 582). Dort heißt es

---

[1] Siehe: *Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft — Illusion oder Realität? Protokoll Nr. 39. Bergedorf 1971. S. 6.

[2] Vgl. die bereits zitierte separate Veröffentlichung dieser Vereinigung.

[3] Herbert *Giersch* (Hrsg.): Demand Management — Globalsteuerung. Symposion 1971. Tübingen 1972.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im § 1: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen." Alle hier aufgeführten „Ecken" des ‚magischen Polygons' sind als Gradmesser (gemessen wird in der Regel der Zielerreichungsgrad) für das Erreichen oder Nichterreichen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in den meisten Industriestaaten anerkannt. Die Tatsache, daß eine gleichzeitige und gleichrangige zufriedenstellende Erfüllung der verschiedenen Unterziele für ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht gefordert wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der wirtschaftspolitischen Praxis durchaus eine Rangfolge im Hinblick auf die Verwirklichung der angestrebten Unterziele vorliegt. So nimmt gegenwärtig in der Mehrzahl der westlichen Industriestaaten — unausgesprochen oder ausdrücklich — das Ziel der Vollbeschäftigung bei „angemessenem Wirtschaftswachstum" den ersten Rang ein; Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht folgen auf den nächsten Plätzen. Für den Fall, daß die forcierte Verwirklichung eines Teilzieles mit erheblichen Abstrichen bei der Erreichung eines anderen Teilzieles einhergeht (wie etwa im Verhältnis zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität), kann vorübergehend eine Änderung in der Rangfolge vorgenommen werden, um dem am meisten bedrohten „gleichrangigen" Ziel (z. B. der Preisniveaustabilität) wieder näherzukommen. Besonders schwierig erweist sich die Beurteilung staatlicher Globalsteuerung, wenn keines der gleichzeitig und gleichrangig oder vorrangig anzustrebenden Teilziele — gemessen an quantifizierten Orientierungsgrößen — erreicht wird. Legt man in einem solchen Fall das durch die „policy-makers" selbst gesetzte Anspruchsniveau des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts als Beurteilungsmaßstab zugrunde, so müßte man in der Tat der Globalsteuerung ein weitgehendes Versagen attestieren. Hieran schließen sich jedoch sofort zwei Fragen an:

(1) Ist der beispielsweise im § 1 des deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes formulierte Anspruch *ökonomisch* realisierbar? Die Wissenschaft vermag auf diese Frage keine einheitliche und befriedigende Antwort zu geben.

(2) Ist ein solcher Anspruch *politisch* durchsetzbar angesichts der Tatsache, daß die gruppenspezifische Gewichtung der einzelnen Teilziele unterschiedlich erfolgt? Die bisherigen Erfahrungen sind nicht ermutigend; in der Regel bildet sich ein weitgehender Interessen-Konsensus während einer konjunkturellen Flaute-Periode heraus; nach deren Überwindung dominieren dann wieder die unterschiedlichen Interessenlagen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die vorangegangenen Ausführungen verdeutlichen, daß die Antwort auf die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg der Globalsteuerung von dem gewählten Bezugsmaßstab abhängt[4]. Jedenfalls scheint nach den bisherigen Erfahrungen das Anspruchsniveau des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" zu hoch angesetzt. Hat darum die Globalsteuerung versagt? Sicher nicht, wählt man einen anderen, nach Ansicht des Verfassers den Ergebnissen der Globalsteuerung gerechter werdenden Bezugsrahmen als denjenigen des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts"[5]. Angemessener erscheint in diesem Fall die vergleichende historische Betrachtung: „War die Konjunktursteuerung nach dem Zweiten Weltkrieg besser als in der Zwischenkriegszeit? Haben wir etwas gelernt[6]?" Diese Fragen werden von der Mehrzahl derjenigen, die sich um eine objektive Beurteilung bemühen und denen die Ereignisse der Weltwirtschaftskrise persönliches Erlebnis geworden sind, uneingeschränkt bejaht[7]. Zweifellos ist es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, konjunkturelle Einbrüche mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung zu vermeiden. Die konjunkturelle Entwicklung verlief — verglichen mit den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit — im ganzen gesehen in relativ ruhigen Bahnen. Fiskal- und Geldpolitik scheinen insofern als Mittel zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ihre Bewährungsprobe bestanden zu haben.

Dennoch weist der gegenwärtige wirtschaftliche Zustand unübersehbare Mängel auf[8]; der überwiegend gelungenen Stabilisierung des Beschäftigungsvolumens auf hohem Niveau stehen seit einigen Jahren beträchtliche Preissteigerungen gegenüber; daneben befinden sich noch eine Reihe von Ländern in der „schlechtesten aller ökonomischen Welten"; sie haben eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit, steigende Preise und ein unbefriedigendes wirtschaftliches Wachstum.

---

[4] Vgl. auch: Arthur M. *Okun:* Have Fiscal and/or Monetary Policies failed? Am. Ec. Rev., Vol. 62 (1972), Nr. 2, S. 24.

[5] Den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen kann jedoch nicht erspart bleiben, an dem von ihnen selbst gesetzten Anspruchsniveau auch gemessen zu werden. Daß sich in dieser Hinsicht auch der Stand der Nationalökonomen nicht gänzlich frei von Sünde wähnen darf, zeigt das folgende — zutreffende — Bekenntnis Milton *Friedmans:* „I believe that we economists in recent years have done vast harm — to society at large and to our profession in particular — by claiming more than we can deliver. We have thereby encouraged politicians to make extravagant promises, incalculate unrealistic expectations in the public at large, and promote discontend with reasonably satisfactory results because they fall short of the economists promised land." Milton *Friedman:* Have Monetary policies failed? Am. Ec. Rew., Vol. 62 (1972), Nr. 2, S. 17 - 18.

[6] Siehe *Giersch:* In: Giersch (Hrsg.): Demand Management, S. 5.

[7] Vgl. dazu Erik *Lundberg u. a.:* In: *Giersch* (Hrsg.): Demand Management, S. 5 ff.

[8] Vgl. u. a.: Stellungnahme des Wirtschaftswissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen zum Problem „Regelmechanismen und regelgebundenes Verhalten in der Wirtschaftspolitik" vom 11. Dezember 1971, S. 2 (veröffentlichtes Manuskript).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In dem Bemühen, die seitherigen Stabilisierungsergebnisse zu verbessern, schälten sich in neuerer Zeit zwei alternative Anschauungen heraus: Auf der einen Seite die Verfechter der überkommenen Stabilisierungspolitik, nach deren Auffassung die vorhandenen fiskal- und geldpolitischen Instrumente lediglich verbessert und ergänzt, ihre herkömmliche Anwendung jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden sollte; auf der anderen Seite die Anhänger einer grundlegenden Neuorientierung in der Stabilisierungspolitik, nach deren Ansicht marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystemen eine natürliche Gleichgewichtsneigung innewohne und Versuche, mit Hilfe der Fiskal- und Geldpolitik „gegenzusteuern", eher zyklusverschärfend denn stabilisierend auf den Wirtschaftsablauf einwirkten[9].

II. Fiskal- und Geldpolitik als traditionelle Instrumente der Stabilisierungspolitik

1. Fiskalpolitik

Die Theorie der Stabilisierungspolitik mündet in die „klassische" Zielsetzung — „klassisch" im nach-keynesianischen Verständnis — „of ensuring the full employment of the factors of production"[10]. Der gezielte Einsatz des Budgets zur Sicherung einer vollbeschäftigten Wirtschaft ist daher das Kernstück der „functional finance"[11]. Die starke Betonung des Vollbeschäftigungszieles „of the factors of production", sprich: des Faktors Arbeit, folgt aus den leidvollen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise. Gemessen an diesen Erfahrungen kann in der Tat, worauf schon hingewiesen wurde, von einem Erfolg fiskalischer Stabilisierungspolitik gesprochen werden[12]; er wird auch nicht durch den Hinweis auf die noch verbliebenen Unzulänglichkeiten unangemessen in Frage gestellt. So ist

---

[9] Am ausgeprägtesten findet sich diese Auffassung bei Milton *Friedman:* Capitalism & Freedom. Chicago. London 1963. Insbes. S. 37 ff. — Auch in der BRD übernahmen Ende der sechziger Jahre eine Reihe von Nationalökonomen die *Friedman*schen Gedanken; zu einer Zeit also, in der keynesianisches Gedankengut gerade erst Eingang in die offizielle Wirtschaftspolitik gefunden hatte. So bemerkt *Besters* zu einer Politik des „Gegensteuerns" mit geld- und fiskalpolitischen Mitteln: „Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die antizyklische Konjunkturpolitik nicht nur mit der Aufgabe, das richtige Instrumentarium in richtiger Dosierung zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen, überfordert ist, sondern auch ständig unerwünschte Konjunkturschwankungen produziert." Hans *Besters:* Stabilisierungspolitik muß nicht wehtun. Wirtschaftswoche, 24. Jg. (1970), 48, S. 77.

[10] Alvin H. *Hansen:* Fiscal Policy and Business Cycles. New York 1941. S. 117.

[11] Zu den übrigen Budgetfunktionen siehe Richard A. *Musgrave:* The Theory of Public Finance — A Study in Public Economy. New York, Toronto, London 1959. S. 6 - 27.

[12] Vgl. Fritz *Neumark:* Ermessensfreiheit oder Automatismus? Zur ökonomischen und politischen Problematik moderner Fiskalpolitik. Zürich 1971. S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

es offenkundig nicht gelungen, konjunkturelle Schwankungen mit ihren Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung gänzlich auszuschalten. Auch wurde in der Nachkriegszeit in den meisten entwickelten Industrienationen der zusammen mit dem Streben nach einem hohen Beschäftigungsgrad an vorderster Stelle des Zielkatalogs plazierten Anspruchsnorm eines „angemessenen Wachstums" nicht immer und überall entsprochen; vor allem aber gelang es nicht, „eine als befriedigend oder ausreichend angesehene Geldwertstabilität"[13] herzustellen.

Da im folgenden die fiskalische Stabilisierungspolitik in den westlichen Industrienationen untersucht wird und dort — von wenigen Ausnahmen abgesehen — im Durchschnitt ein befriedigendes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war, versteht sich ‚stabilization policy' als „attempts by public authorities to keep the economy moving as smoothly as possible along the path close to ‚full employment' without an undesired rate of inflation and without balance of payments difficulties"[14].

Die Untersuchungen in sieben OECD-Ländern[15] über Einsatz und Erfolg der Fiskalpolitik zum Zwecke der Stabilisierung des wirtschaftlichen Ablaufs zeigen, gemessen am vorher definierten Stabilisierungsziel, unterschiedliche Ergebnisse.

Zunächst ist festzustellen, daß Großbritannien und Schweden diejenigen Länder waren, welche die Fiskalpolitik am konsequentesten für Stabilisierungszwecke einsetzten[16]. In Schweden geschah dies mit einigem Erfolg, in Großbritannien waren die Ergebnisse ausgesprochen enttäuschend. In den anderen Ländern wurde die Fiskalpolitik nur zur gelegentlichen Stabilisierung eingesetzt, so in der Bundesrepublik Deutschland und in Belgien zur Überwindung der Rezessionen in den Jahren 1958 und 1962[17]; gleichwohl bleibt für beide Länder unklar, in welchem Ausmaß die eingeleiteten diskretionären Maßnahmen zu dem eingetretenen Konjunkturaufschwung beitrugen, da in beiden Ländern für das Wirksamwerden automatischer ‚built-in stabilizers' günstige Voraussetzungen gegeben waren.

---

[13] *Neumark:* Ermessensfreiheit, S. 4.

[14] Assar *Lindbeck:* Fiscal Policy as a Tool of Economic Stabilization — Comments to an OECD Report. Kyklos, Vol. 23 (1970), S. 7.

[15] *OECD* (Hrsg.): Fiscal Policy for a balanced Economy — Experience Problems & Prospects. Paris 1968. — Bent *Hansen u. a.:* Fiscal Policy in seven Countries 1955 - 1965. Paris 1969.

[16] Zu den Ländern, in denen gleichfalls systematisch eine fiskalische Stabilisierungspolitik betrieben wurde, die aber nicht Gegenstand der OECD-Untersuchungen waren, gehören ferner Holland, Norwegen und wahrscheinlich Dänemark. Siehe dazu *Lindbeck,* S. 11.

[17] Die fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen zur Überwindung der Rezession 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland sind in dem hier zitierten Bericht nicht aufgeführt.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erwähnt sei noch der Fall der USA, wo durch die Kennedy-Administration mit dem Instrument der Steuersenkung die Überwindung der Unterbeschäftigung systematisch angestrebt und auch weitgehend erreicht wurde[18].

Trotz der teilweise voneinander abweichenden Erfahrungen in den verschiedenen Ländern lassen sich einige gemeinsame Erkenntnisse aus der Anwendung der Fiskalpolitik ziehen:

Schwächen in der Diagnose der konjunkturellen Situation und der Prognose der konjunkturellen Entwicklung scheinen nicht die Hauptschwierigkeiten in der fiskalischen Stabilisierungspolitik zu sein. Die noch vorhandenen Fehler in der zutreffenden Deutung der jeweiligen konjunkturellen Situation sind nicht hauptsächlich auf Mängel in der rechtzeitigen Verfügbarkeit und der Aufbereitung des relevanten statistischen Materials zu suchen. Vielmehr dürfte der wesentliche Grund in den Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Konjunkturtheorie zu suchen sein, die die vorhandenen statistischen Daten noch nicht richtig zu deuten vermag. Trotz der vorhandenen Mängel, die auch künftig zu verspäteten und falschen Einschätzungen der jeweiligen konjunkturellen Lage führen können, vermag in den meisten Fällen eine unparteiische und sachgemäße Beurteilung die Konjunktursituation hinlänglich genau zu diagnostizieren[19]. Aber selbst im Fall einer richtigen Einschätzung der jeweiligen konjunkturellen Situation — so wird eingewandt — bleibe die Gefahr einer Fehleinschätzung der künftigen Entwicklung bestehen „mit der Konsequenz, daß darauf gestützte stabilisierungspolitische Maßnahmen ihr Ziel verfehlen"[20]. Auch hier gilt das vorher Gesagte: Trotz der nach wie vor großen Probleme — Probleme, die über den Schwierigkeitsgrad einer richtigen Diagnose noch um einiges hinausgehen —, sind in den vergangenen Jahren die Prognosetechniken so weit fortentwickelt worden, daß eine erheblich verbesserte Treffsicherheit, mindestens für die relevanten und makroökonomischen Größen, möglich ist. Unzureichende oder gar falsche Reaktionen der Fiskalpolitik lassen sich so nur zum Teil auf Schwächen in der Diagnose und Prognose zurückführen[21]. Die Erfahrungen zeigen vielmehr, daß dort, wo die Fiskalpolitik nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte, die ausschlaggebende Ursache für eingetretene Fehlentwicklungen in den Unzulänglichkeiten des poli-

---

[18] Freilich gehen die Auffassungen über die ursächliche Zurechenbarkeit dieses Erfolgs zwischen ‚Monetaristen' und ‚Fiskalisten' weit auseinander. Siehe Milton *Friedman*, Walter W. *Heller:* Monetary vs. Fiscal Policy. New York 1969.

[19] Vgl. *Neumark:* Ermessensfreiheit, S. 5.

[20] Ebd., S. 6.

[21] *Lindbeck* schließt aus der Untersuchung über die Widrigkeiten, die einem konjunkturgerechten Einsatz der Fiskalpolitik in den sieben untersuchten OECD-Staaten entgegenstanden: „However, the general conclusion is in my opinion that forecasting mistakes have not been a major cause of fiscal policy mistakes in the countries mentioned in this paper." *Lindbeck*, S. 20.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tischen Entscheidungsprozesses begründet lag. Verspätete sowie qualitativ und quantitativ unzureichende konjunkturpolitische Eingriffe ergaben im günstigsten Falle keine, im schlechtesten prozyklische Wirkungen. Daß solche Entscheidungsverzögerungen, häufig verbunden mit „Dosierungsfehlern" und/oder einer falschen Wahl der einzusetzenden Instrumente, überwiegend bei der Bekämpfung inflatorischer Tendenzen und seltener im Falle eines sich abzeichnenden Konjunktureinbruchs auftreten (stabilitätspolitische Asymmetrie[22]), dürfte in den mit einer Inflationsbekämpfung einhergehenden Kosten und der Furcht der zuständigen „decision-makers" begründet sein, eine solche Maßnahme vor der Öffentlichkeit und den Betroffenen vertreten zu müssen. Insofern handelt es sich bei diesem „Versagen der Fiskalpolitik" und ein „failure of national leadership and the political process"[23]. Aber nicht nur eine generelle politische Entscheidungsschwäche, zum richtigen Zeitpunkt das qualitativ und quantitativ Erforderliche zu beschließen, kann Fehlentwicklungen hervorrufen; selbst „wenn eine Regierung die konjunkturelle Lage richtig beurteilt und eine zutreffende Vorstellung von der wahrscheinlichen weiteren Entwicklung hat und darüber hinaus auch dem Parlament prinzipiell zweckentsprechende Eingriffe vorschlägt, bedarf die Inkraftsetzung der Maßnahmen in den hier vorausgesetzten demokratischen Gemeinwesen grundsätzlich der *Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, die,* sofern der normale Gesetzgebungsweg eingeschlagen wird, vielfach *verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nimmt.* Es ist daher möglich, daß die Maßnahmen mit einer solchen Verzögerung in Kraft gesetzt werden, daß ihre Wirkungen zu spät eintreten, ja im Grenzfall prozyklischer Natur sind"[24]. Solche Wirkungsverzögerungen sind, wie *Neumark* bemerkt, eine „dem realdemokratischen Verfassungsystem immanente"[25] Erscheinung. In Maßen lassen sie sich jedoch durch Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens oder durch Einräumung von Sondervollmachten für die Regierenden verringern[26].

---

[22] *Lindbeck:* S. 20. — *OECD* (Hrsg.): Fiscal Policy, S. 65.

[23] Otto *Eckstein:* In: *Giersch* (Hrsg.): Demand Management, S. 59. — Daß Stabilitätspolitik mehrere Unterziele einschließt, von denen Preisniveaustabilität nur einen und häufig nicht den ersten Platz einnimmt, und daß tatsächliche Kompatibilitätskonflikte bei sehr anspruchsvoller Zielprojektion für eines der Teilziele auftreten können, sollte in eine gerechte Würdigung über das Ausmaß des Fehlverhaltens der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen einbezogen werden. Ferner sollte bedacht werden, daß die Stabilisierungsaufgabe (mit ihren gerade erwähnten, z. T. widerstreitenden Unterzielen) nur eine Funktion staatlicher Budgetpolitik darstellt. Hinzu treten noch die Allokations- und Distributionsfunktion (die gleichfalls mehrere zum Teil widerstreitende Teilziele einschließen). Vgl. dazu: *Musgrave,* vor allem S. 3 - 27.

[24] *Neumark:* Ermessensfreiheit, S. 8.

[25] Ebd.

[26] Die Frage, inwieweit man sich hier auf einen Weg begibt, der dahin führt, daß die entscheidende Prärogative des Parlaments, nämlich die „Macht des Geldbeutels", angetastet wird, kann hier nicht weiter erörtert werden.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zusammenfassend ergeben sich folgende (Wirkungs-) Merkmale fiskalischer Stabilisierungspolitik:

— Die Erkennungsverzögerung, d. h. die Zeitspanne zwischen dem Auftreten konjunkturrelevanter Daten und deren Wahrnehmung, Aufbereitung und zutreffender Würdigung durch die zuständigen wirtschaftspolitischen Instanzen, hängt im wesentlichen von dem Entwicklungsstand des technisch-statistischen Apparates und der Qualität des konjunkturtheoretischen Analyse-Instrumentariums ab.

— Die Entscheidungsverzögerung, die Zeitspanne von der Diagnose der jeweiligen konjunkturellen Situation über die Prognose der voraussichtlichen konjunkturellen Entwicklung bis zum Beschluß über das Einleiten der als erforderlich angesehenen Schritte durch die maßgeblichen wirtschaftspolitischen Instanzen, ist nach aller Erfahrung der kritische Punkt fiskalischer Stabilisierungsmaßnahmen. Die im Hinblick auf die angestrebte Wirkung gebotene Verkürzung des Entscheidungsprozesses ist in einem demokratisch (und föderalistisch) organisierten Gemeinwesen nur in Grenzen möglich; gleichwohl sind die hier dringend gebotenen und politisch noch vertretbaren „Rationalisierungsmöglichkeiten" nicht voll ausgeschöpft[27].

— Die Wirkungsverzögerung, der Zeitraum vom Inkraftsetzen einer Maßnahme bis zu deren Einwirken auf die gewünschte Zielvariable, wird (im Vergleich zur Geldpolitik) als relativ kurz angesehen[28].

2. Geldpolitik

Es liegt in der Natur der Geldpolitik, daß sie ihren Beitrag zur Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs über eine Beeinflussung der Bankenliquidität und des Zinsniveaus nur mittelbar zu leisten imstande ist[29]. Insofern besteht also ein wesentlicher Unterschied zu den vorher behandelten fiskalpolitischen Maßnahmen, die sowohl im Falle einer Abschwächung der inländischen Nachfrage, als auch zu Zeiten eines überschäumenden Booms unmittelbare Wirkungen zu erzielen vermögen. Durch (Notenbank-) kreditfinanzierte Ausgaben[30] wird unmittelbar die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage und das Gesamteinkommen erhöht und darüber hinaus in dem Maße, wie die Empfänger der zusätzlichen Einkommen diese für Konsumausgaben verwenden, ein Multiplikatoreffekt hervorgerufen, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über den ursprünglichen Ausgabenbetrag hinaus anwachsen läßt. Entspre-

---

[27] Vgl. *OECD* (Hrsg.): Fiscal Policy.

[28] Vgl. *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft, S. 9.

[29] Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966. S. 16 f.

[30] Ein „Mitziehen" der Notenbank ist also unerläßlich.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chend führt eine Verringerung der staatlichen Ausgaben und/oder Erhöhung der Einnahmen zu einer über den primären Entzugseffekt hinausgehenden Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Nach herkömmlichem Verständnis ist Geldpolitik in erster Linie Zinspolitik[31], mit der die letztlich zu beeinflussende Zielgröße der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage nur mittelbar gesteuert werden kann. So wird mit einer Politik hoher Zinsen das Ziel verfolgt, die Kreditbereitschaft des Bankensystems und die Kreditnachfrage der Bankenkundschaft auf das gewünschte Maß zu beschränken. Ob und wieweit dies erreicht wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen[32]:

— Vom Ausmaß der Zinsreagibilität der Investitionsentscheidungen, oder allgemeiner formuliert: der Kreditkostenabhängigkeit der Wirtschaft. So können z. B. stark ausgeprägte inflationäre Erwartungen (Inflationsmentalität) die Kreditkostenrobustheit in einem Maße erhöhen, daß die Zinsbarriere mühelos überspült wird[33]. Im Falle pessimistischer Erwartungen reicht wiederum nach aller Erfahrung eine Politik der Zinssenkung und Geldverflüssigung nicht aus, um eine Wende herbeizuführen und einen neuen konjunkturellen Aufschwung einzuleiten[34]. Hier ist die Initialzündung fiskalpolitischer Maßnahmen ausschlaggebend; die Geldpolitik stellt lediglich das „monetäre Schmiermittel" zur Verfügung und unterstützt den primären fiskalpolitischen Ausgabenstoß durch eine investition- und konsumanreizende Liquiditäts- und Zinspolitik.

— Von der Fähigkeit der Zentralbank, in einem System fester Paritäten mit eng begrenzten Wechselkursschwankungen und weitgehender Konvertibilität die „Unterwanderung der Geldpolitik von außen"[35] zu unterbinden. Hier setzt vor allem der internationale Zinsverbund einem ausschließlich binnenwirtschaftlich orientierten Einsatz der Geldpolitik enge Grenzen; dies gilt gleichermaßen für eine restriktive wie auch für eine expansive Anwendung. Für das überwiegende,

---

[31] Vgl. Heinrich *Irmler*: Möglichkeiten und Grenzen der Kreditpolitik. Tübingen 1971. S. 11 f.

[32] Vgl. Joachim *Klaus*, Hans-Jürgen *Falk:* Geldpolitik und Globalsteuerung. Kredit und Kapital, 2. Jg. (1966), S. 164 f.

[33] Theoretisch ist natürlich ein Zins denkbar, der die „finanzielle Alimentierung inflatorisch wirkender Lohnvereinbarungen oder zu hoher Investitionsabsichten in der *geschlossenen* Wirtschaft immer verweigern (kann), aber traditionelle Vorstellungen aus ruhigen, inflationslosen Zeiten, *vor allem aber der Wunsch nach stetigem Wirtschaftswachstum und immerwährender Vollbeschäftigung* setzen hier unter Umständen *politische Barrieren*". *Irmler:* S. 10, (Hervorheb. d. Verf.).

[34] Vgl. auch Ulrich *Teichmann:* Möglichkeiten und Grenzen einer antizyklischen Geldpolitik. Kredit und Kapital, 5. Jg. (1972), S. 79 f.

[35] Otmar *Emminger:* Die Waffen der Bundesbank im Kampf gegen den Geldwertschwund. Universitas, 27. Jg. (1972), S. 1042.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch außenwirtschaftliche Einflüsse verursachte Mißlingen der Geldpolitik bei der Bekämpfung des inländischen Preisauftriebs bildet die Bundesrepublik Deutschland in den 60er und 70er Jahren ein anschauliches Beispiel. Der entgegengesetzte Versuch, durch konsequente Niedrigzinspolitik und großzügige Liquiditätsanreicherung der Binnenwirtschaft Produktion und Beschäftigung anzuheben, stieß in England und in den USA (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) wegen der prekären Zahlungsbilanzsituation auf vergleichsweise enge Grenzen[36].

— Vom Zeitpunkt des Einsatzes und der Länge des „Bremsweges" der geldpolitischen Instrumente (außenwirtschaftliche Absicherung vorausgesetzt). Für die Dauer des Erkennungslags gelten im wesentlichen die gleichen Bestimmungsgründe, wie sie schon für den Fall des Einsatzes der Fiskalpolitik genannt worden sind. Dagegen wird der Entscheidungsprozeß[37], der zum Einsatz geldpolitischer Instrumente führen soll, im Vergleich zur Fiskalpolitik als erheblich kürzer angesehen, „da die institutionellen Gegebenheiten eine schnelle Entscheidung der Zentralbank ermöglichen"[38]. Dieser Vorzug wird jedoch geschmälert durch die Dauer der Wirkungsverzögerung[39], die im Falle geldpolitischer Maßnahmen „lang und unbestimmt"[40] sein kann.

Die vorangegangenen Ausführungen ließen erkennen, daß nach traditionellem Verständnis eine erfolgversprechende Konjunktursteuerung das Zusammenwirken von Geld- und Fiskalpolitik notwendig macht. Im Hinblick auf ihre unterschiedliche Eignung, bei der Bekämpfung bestimmter konjunktureller Ungleichgewichte die Hauptlast zu übernehmen, hat sich zwischen Geld- und Fiskalpolitik eine gewisse Arbeitsteilung ergeben. So kommt für den Fall der Bekämpfung einer rückläufigen Konjunktur tendenzverändernden Impulsen aus dem fiskalischen Bereich (über eine Erhöhung der Staatsausgaben und/oder eine

---

[36] Die vielfältigen Möglichkeiten und Erfolgsaussichten, eine binnenwirtschaftlich orientierte Geldpolitik nach außen abzusichern, können hier nicht behandelt werden.

[37] Der Zeitraum, der Erkennungs- und Entscheidungsverzug (recognition und action bzw. decision lag) einschließt, wird in der Literatur häufig auch als ‚inside lag' bezeichnet. Vgl. u. a. John *Kareken,* Robert M. *Solow:* Lags in Monetary Policy: A Summary. In: Warren L. *Smith,* Ronald L. *Teigen* (Hrsg.): Readings in Money, National Income and Stabilization Policy. Homewood (Ill.) 1965. S. 76 f. — Artur *Woll:* Einige geldpolitische Aspekte in der monetären Theorie der Gegenwart. In: Clemens A. *Andreae u. a.* (Hrsg.): Geldtheorie und Geldpolitik. Berlin 1968. S. 71.

[38] Heinz *Müller:* Die Bedeutung der time lags für die Wirksamkeit der Geld- und Kreditpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Weltw. Arch., Bd. 100 (1968), S. 273.

[39] Analog zum ‚inside-lag' bezeichnet man den Zeitraum zwischen Mitteleinsatz und Mittelwirkung ‚outside-' oder ‚operational-lag'.

[40] Gottfried *Bombach:* Referat in: *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung, S. 9.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Senkung der Steuern) vorrangige Bedeutung zu, die gleichwohl nur dann wirksam werden können, wenn gleichzeitige und gleichgerichtete (expansive) geldpolitische Schritte unternommen werden. Im umgekehrten Fall, der Stabilisierung einer Boomsituation, steht in der Regel der Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums am Anfang, in der Absicht, stabilitätspolitische Signale zu setzen und die monetäre Nachfrage des privaten Sektors einzuschränken. Ein nachhaltiger Stabilisierungserfolg bedarf jedoch der fiskalpolitischen Ergänzung durch ein gleichgerichtetes restriktives Haushaltsgebaren des öffentlichen Sektors.

III. Die „monetaristische Herausforderung"

Die oben skizzierte „arbeitsteilige" Konzeption einer erfolgversprechenden Stabilisierungspolitik wird seit geraumer Zeit grundsätzlich in Frage gestellt. In der insbesondere mit dem Namen Milton *Friedmans* verbundenen Kritik wird einmal die Zweckmäßigkeit jeder *kurzfristigen* Stabilisierungspolitik in Zweifel gezogen, zum anderen anstelle der seitherigen (angeblichen) Überbewertung der Wirksamkeit fiskalpolitischer Parameter auf die (angebliche) Dominanz monetärer Impulse verwiesen.

Bevor in wesentlichen Zügen die monetaristische Auffassung zur Konjunktursteuerung dargestellt wird, empfiehlt es sich, auf die entscheidenden wirtschaftspolitischen (ideologischen) Grundpositionen der Anhänger des Monetarismus hinzuweisen[41].

(1) Der seit der Weltwirtschaftskrise gültigen Auffassung von der Instabilität des privatwirtschaftlichen Sektors wird von monetaristischer Seite entgegengehalten, „that the economy is basically stable"[42]. Für die in der Vergangenheit aufgetretenen Störungen der „natürlichen Stabilität" wird vor allem die diskretionäre Geldpolitik der Zentralbanken verantwortlich gemacht, die gekennzeichnet gewesen sei durch eine diskontinuierliche, einmal beschleunigte, dann wieder verlangsamte Wachstumsrate der Geldmenge. Folgerichtig vertreten die Anhänger des Monetarismus die Auffassung, daß an die Stelle einer auf Ermessensentscheidungen beruhenden fallweisen Geldpolitik eine regelgebundene, am mittelfristigen Wachstumspotential orientierte Geldmengenpolitik treten sollte.

(2) Der Vorschlag zur Einführung einer starren Geldmengenregel resultiert aus dem grundsätzlichen Mißtrauen *Friedmans* und seiner Anhänger in die Weisheit und den Willen wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger[43]. Wie *Friedman* die Fähigkeiten der Zentralbanken

[41] Hier kann selbstverständlich nicht auf die verschiedenen Spielarten des Monetarismus eingegangen werden.

[42] L. C. *Andersen:* In: *Giersch* (Hrsg.): Demand Management, S. 116.

[43] „The essential point about Milton's position is *that he doesn't trust government*". Harry G. *Johnson:* In: Ebd., S. 119 (Hervorheb. d. Verf.).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einschätzt, eine vernünftige diskretionäre Geldpolitik zu betreiben, zeigt seine Äußerung: "Money is too important to be left to the central bankers[44]." Nach *Duwendag* heißt dies in freier Übersetzung: „Die richtige Gestaltung der Geldpolitik ist zu schwierig, als daß man diese Aufgabe der Zentralbank überlassen könnte[45]."

Im folgenden werden die Grundzüge der monetaristischen Auffassung zur Globalsteuerung, wie sie einer ihrer prominenten Vertreter sieht, dargestellt[46].

Nach monetaristischer Ansicht sind geld- und fiskalpolitische Maßnahmen einmal hinsichtlich ihres Einflusses auf monetäre und reale wirtschaftliche Größen, zum anderen hinsichtlich ihrer kurz- und langfristigen Auswirkungen zu untersuchen. Mit den Mitteln der Geldpolitik sollte danach vor allem auf die längerfristige Entwicklung monetärer Größen, wie nominales Bruttosozialprodukt, Preisniveau und Marktzinssätze eingewirkt werden. Dagegen wird der Einfluß geldpolitischer Maßnahmen auf die längerfristige Entwicklung realer Größen, wie Produktion und Beschäftigung, — wenn überhaupt vorhanden — als gering angesehen; deren Entwicklung bestimme sich vornehmlich durch Wachstumsfaktoren, wie Arbeit, Bodenschätze, Kapitalausstattung und Technologie. Auf kurze Sicht hingegen beeinflußten monetäre Maßnahmen, die von einer trendorientierten Geldversorgung abweichen, sowohl reale als auch monetäre Variablen. Das Ausmaß einer solchen Einwirkung auf Produktion und Beschäftigung bestimme sich nach der jeweiligen wirtschaftlichen Ausgangslage, insbesondere dem Grad der Ausnutzung des vorhandenen Produktionspotentials und der erwarteten Inflationsrate. Eine Geldmengenvermehrung bei hoher oder gänzlicher Auslastung des Produktionspotentials werde kurzfristig nur einen geringen resp. gar keinen Einfluß auf das reale Produktionsvolumen und den Beschäftigungsgrad haben, dagegen müsse mit einem raschen Anstieg des Preisniveaus gerechnet werden. Bei gleicher Konstellation werde eine die Trendlinie unterschreitende Geldmengenreduktion zu einer Wachstumsverlangsamung des realen Outputs und zu einer Beeinträchtigung der Beschäftigung führen, wobei das Ausmaß des wirtschaftlichen Rückschlags um so stärker ausfalle, je ausgeprägter die Inflationserwartungen seien. Fiskalpolitische Maßnahmen wirken nach monetaristischer Auffassung primär auf die längerfristige Entwicklung der realen ökonomischen Variablen, wie Produktions- und Beschäftigungsvolumen. Staatliche Ausgabe- und Einnahme- (Steuer-) Politik könne über Änderungen auf der

---

[44] Zitiert nach Dieter *Duwendag:* Theoretische Grundlagen der Stabilisierungspolitik. Z. f. Nationalök., Bd. 31 (1971), S. 140.

[45] Ebd.

[46] Zu den folgenden Ausführungen siehe L. C. *Andersen:* A Monetarist View of Demand Management: The United States Experience. In: *Giersch* (Hrsg.): Demand Management, S. 151 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verwendungsseite des aktuellen Sozialprodukts eine Verringerung oder Erhöhung des potentiellen realen Outputs bewirken. Z. B. werde eine Reduktion gegenwärtiger Konsumausgaben zugunsten verstärkter Investitionstätigkeit im Infrastrukturbereich tendenziell zu einer Vergrößerung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in künftigen Produktionsperioden führen. Die Tatsache, daß das realisierte Sozialprodukt vom Wachstum des Produktionspotentials in der Vergangenheit abhänge, zeige die zentrale Bedeutung, die der Allokationsfunktion staatlicher Budgetpolitik zukomme. Auf kurze Sicht haben fiskalpolitische Maßnahmen nach monetaristischer Auffassung einen nur kurzzeitigen Einfluß auf das nominale Bruttosozialprodukt und daher auch nur geringe Auswirkungen auf die kurzfristigen Bewegungen von Produktion und Beschäftigung. Staatliche Ausgaben, die über Steuern oder über den Kapitalmarkt finanziert würden, tendierten dazu, daß private Ausgaben in entsprechender Höhe unterblieben, vor allem verursacht durch die mit einer solchen Ausgabenfinanzierung einhergehenden Preis- und Zinseffekte. Änderungen im Budgetverhalten, insbesondere eine Beschleunigung oder Verlangsamung der Ausgabensumme, zeigten nur einen kurzlebigen Einfluß auf die Gesamtnachfrage. Variationen der Steuersätze können nach monetaristischer Auffassung das Ausmaß der wirtschaftlichen Aktivität auf kurze Sicht beeinflussen, da dies zu Änderungen in den Ertragsraten der Kapitaleigner führe. Die monetaristische Auffassung zur Globalsteuerung könne wie folgt zusammengefaßt werden:

— Globalsteuerung erstreckt sich hauptsächlich auf den Einsatz geldpolitischer Instrumente zur Erreichung einer annehmbaren Inflationsrate.
— Kurzfristige Schwankungen im Produktions- und Beschäftigungsvolumen können weitgehend unterbunden werden, wenn auf den Einsatz der Geldpolitik, sprich: Maßnahmen zur Beschleunigung oder Verlangsamung der Wachstumsrate des Geldvolumens verzichtet wird.
— Fiskalpolitische Maßnahmen sind keine wesentlichen Bestandteile einer kurzfristigen Stabilisierungspolitik, jedoch können die allokativen Auswirkungen solcher Maßnahmen im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum und die Einkommens- und Verteilungswirkungen erheblich sein.

Welches sind die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die sich aus der oben skizzierten monetaristischen Konzeption der Globalsteuerung ziehen lassen, und wie sind sie zu beurteilen?

(1) Zur *kurzfristigen* Stabilisierungspolitik eignen sich weder Geld- noch Fiskalpolitik. Hinsichtlich der mangelnden Eignung der Geldpolitik wird auf die bereits erwähnten angeblich negativen Erfahrungen mit

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer fallweisen, auf Beeinflussung von Bankenliquidität und Zinsniveau gerichteten Zentralbankpolitik verwiesen, die in der Vergangenheit nicht stabilisierend, sondern eher destabilisierend auf den Konjunkturverlauf eingewirkt habe. Insbesondere mit dem Hinweis auf die relevanten Lags wird die Eignung der Geldpolitik als Instrument zur kurzfristigen Stabilisierung in Frage gestellt; so können in der Tat zum Zeitpunkt ihrer Ingangsetzung notwendige und richtig dosierte Maßnahmen wegen der Dauer ihrer Einwirkung auf die Zielvariablen auf eine völlig veränderte Konjunkturlage treffen und prozyklisch wirken. Das gilt in gleicher Weise für fiskalpolitische Eingriffe — allerdings mit der Einschränkung, daß hier die maßgeblichen Verzögerungen nach überwiegender Auffassung im administrativen Bereich liegen.

(2) Zur *längerfristigen* Stabilisierung wird eine regelgebundene Geldmengenexpansion als notwendige und hinreichende Bedingung angesehen. Das grundsätzliche Mißtrauen in die Fähigkeit und den Willen der Zentralbanken, eine angemessene, an der Entwicklung des mittelfristigen Wachstumspotentials orientierte Geldversorgung zu gewährleisten, und die Auffassung, mit dem Mittel der Geld(mengen)-politik vor allem auf die längerfristige Entwicklung monetärer Variablen, wie nominelles Bruttosozialprodukt, Preisniveau und Marktzinssätze, einwirken zu sollen, sind die offenkundigen Beweggründe für den Vorschlag zur Einführung einer starren, auf mittlere Sicht angelegten Geldmengenregel.

Die von monetaristischer Seite geübte Kritik an den Ergebnissen geld- und fiskalpolitischer Eingriffe ist teilweise berechtigt; neben konterkarierenden außenwirtschaftlichen Einflüssen und der Ungewißheit über die vermutliche Wirkungsdauer im Falle der Anwendung geldpolitischer Maßnahmen scheinen die Mehrzahl der Gründe für das teilweise Mißlingen der auf kurzfristige Stabilisierung gerichteten fiskalpolitischen Bemühungen vor allem in der Dosierung der verwendeten Parameter und in der Zeitwahl ihres Einsatzes zu liegen. Der daraus gezogene Schluß, auf den fallweisen Einsatz geld- und fiskalpolitischer Instrumente gänzlich zu verzichten, überzeugt jedoch nicht; er bedeutet Resignation vor der zu lösenden Aufgabe. Die Aufgabe besteht darin, „nach Wegen zu suchen, (die) die Effektivität sowohl der Geld- als auch der Fiskalpolitik durch auf eine Verkürzung der relevanten Lags abzielende Maßnahmen ... verbessern“[47]. Dazu gehört — was bereits bei der Erörterung fiskalpolitischer Maßnahmen ausgeführt worden war — eine ständige Verbesserung der vorhandenen Diagnose- und Prognosetechniken, die weitere Untersuchung empirischer Wirkungsabläufe und — so-

[47] Erich *Schneider:* Automatismen oder Ermessensentscheidungen in der Geldpolitik? Zürich 1970. S. 15.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weit es um politisch-administrative Entscheidungsprozesse geht — eine schnellere und rationellere Vorbereitung und Durchführung der zu treffenden Maßnahmen. Die mit der Nutzung vorhandener Ermessensspielräume verbundenen Risiken, (auch) Fehlentscheidungen treffen zu können, werden sicherlich nicht durch die Installation inflexibler indikatorabhängiger Automatismen beseitigt. Auch Wissenschaftler, die dem Monetarismus wohlwollend gegenüberstehen, bezweifeln die Ratio eines Systems, in dem an die Stelle „willkürlicher" diskretionärer Maßnahmen starre Regelbindungen treten sollen. So bemerkt *Haberler* im Hinblick auf die *Friedman*sche Geldmengenregel: "But if we go to the other extreme and say: Do nothing but let the monetary growth go on at a steady rate, I am not quite sure whether this is the best strategy[48]."

Die realwirtschaftlichen Bedingungen für das Funktionieren der *Friedman*schen Geldmengenregel sind sowohl für die Gegenwart als auch für die überschaubare Zukunft nicht gegeben; sie setzt einmal die vollständige Kontrolle der Zentralbank über das Geldvolumen voraus, was in einer Welt ohne flexible Wechselkurse und ohne einschneidende Strukturänderungen im Bankwesen (Unterbindung der Geldschöpfung durch das Geschäftsbankensystem wegen 100 %iger Mindestreservehaltung) nicht gewährleistet sein kann; zum anderen wird Flexibilität der Preise auf Güter- und Faktormärkten vorausgesetzt, eine Bedingung, die in einer Welt preis- und lohnpolitischer Rigidität illusorisch anmutet[49]. *Heller* weist auf die Gefahr hin, daß in „the imperfect world in which we actually operate, beset by all sorts of rigidities the introduction of his (*Friedmans* d. Verf.) fixed throttle money supply rule might, in fact, be destabilizing. Or it would condemn us to long periods of economic slack or inflation as the slow adjustment processes in wages and prices, given strong market power, delayed the economy's reaction to the monetary rule while policy makers stood helplessly by"[50].

---

[48] Gottfried *Haberler:* In: *Giersch* (Hrsg.): Demand Management, S. 118.

[49] Offensichtlich sah schon der Begründer der Chicago-Schule, Henry C. *Simons,* auf dessen Gedankengut *Friedman* und seine Anhänger sich gründen, die Hindernisse, die der Einführung starrer Regelmechanismen entgegenstehen: „With adequate price flexibility, we could get along under almost any financial system, with extreme rigidities (reflecting widespread partial monopoly), the most drastic monetary and financial reform, even an ideal financial structure could not protect us from serious disturbances of production and employment. For the present, we obviously must rely on a large measure of discretionary money management — on a policy of offsetting and counteracting, by fiscal and banking measures, the effects of monopoly and custom upon prices and wage rates." Henry C. *Simons:* Rules versus Authorities in Monetary Policy. Jl. of Pol. Ec., Vol. 44 (1936), S. 14 f. — *Schneider* (Automatismen oder Ermessensentscheidungen, S. 17) ist zuzustimmen, wenn er im Hinblick auf die von *Simons* genannten (fehlenden) Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit von ‚monetary rules' bemerkt: „Daran hat sich bis heute nichts geändert und wird sich auch in den siebziger Jahren nichts ändern."

[50] Walter W. *Heller:* Is Monetary Policy being Oversold. In: *Friedman, Heller:* Monetary vs. Fiscal Policy, S. 26.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die von monetaristischer Seite vorgeschlagene längerfristige Stabilisierungskonzeption ist noch in anderer Hinsicht fragwürdig. An die Stelle der These von der (angeblichen) Überbetonung der Effizienz fiskalpolitischer Impulse bei gleichzeitiger (angeblicher) Vernachlässigung der Geldpolitik wird nun das Dogma von der alleinigen Wirksamkeit der Geld(mengen)politik gesetzt. Damit verfallen einige Monetaristen offensichtlich in den gleichen Fehler, wie er einigen übereifrigen *Keynes*-Epigonen im Hinblick auf ihre Überbetonung des fiskalpolitischen Instrumentariums nachgesagt wird. Daß es für *Keynes* selbst im Hinblick auf den Einsatz der Geld- und Fiskalpolitik nicht um ein „Entweder-oder", sondern um ein „Sowohl-als-auch" ging, hebt *Schneider*[51] hervor — auch gestützt auf neuere Interpretationen des *Keynes*schen Gedankengutes[52]. Allerdings kann der Auffassung, bei dem Streit um die Frage nach der Dominanz der Geldpolitik oder der Fiskalpolitik gehe es nur um ein „Scheinproblem", nur in dem Sinne zugestimmt werden, daß sowohl Geld- als auch Fiskalpolitik entsprechend ihrer spezifischen Eignung zur konjunkturellen Steuerung herangezogen werden sollten. Nicht überzeugend ist dagegen der Versuch, über eine zweckmäßig erscheinende definitorische Abgrenzung beider Bereiche letztlich doch den Beweis erbringen zu wollen, ausschließlich die Geldpolitik eigne sich als Mittel der Globalsteuerung: „Die in der wirtschaftspolitischen Diskussion umstrittene Frage der Dominanz der Fiskalpolitik oder der Geldpolitik ist jedoch nur ein Scheinproblem. Diejenigen, die der Fiskalpolitik einen stärkeren Einfluß auf die ökonomische Aktivität zuschreiben als der Geldpolitik, rechnen Impulse, die von fiskalpolitisch bedingten Veränderungen der Geldmenge ausgehen, der Fiskalpolitik zu. Andere Ökonomen ordnen jede *Veränderung* der Geldmenge, unabhängig von ihrer Verursachung der Geldpolitik zu. Ein durch Zentralbankkredite finanziertes Budgetdefizit, das ja unmittelbar die Zentralbankgeldmenge erhöht, wird von diesen Ökonomen als expansive geldpolitische Maßnahme interpretiert. Jede direkte Beeinflussung der Geldmenge über den Staatshaushalt stellt dann eine geldpolitische Maßnahme dar. Die zuletzt dargelegte definitorische Abgrenzung zwischen Geldpolitik und Fiskalpolitik ist die ökonomisch sinnvollere. Für die Beurteilung der Wirkung der Geldpolitik auf den Wirtschaftskreislauf kommt es in erster Linie auf den Tatbestand der Veränderung der Geldmenge an. Wodurch die Veränderung ausgelöst wird, ist stabilitätspolitisch von sekundärer Bedeutung[53]."

---

[51] *Schneider:* Automatismen oder Ermessensentscheidungen, S. 18.

[52] Siehe dazu Axel *Leijonhufvud:* On Keynesian Economics and the Economics of Keynes, A Study in Monetary Theory. New York 1968. insb. S. 401 ff.

[53] Manfred *Willms* in seinem Besprechungsaufsatz: Grundprobleme der europäischen Währungsintegration. Weltw. Arch., Bd. 108 (1972), H. 2, S. 49 (Hervorheb. d. Verf.). Die von *Willms* vorgenommene Abgrenzung zwischen Fiskal- und Geldpolitik entspricht im wesentlichen derjenigen Milton *Fried-*

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob die oben vorgenommene definitorische Abgrenzung die „ökonomisch sinnvollere" ist, muß bezweifelt werden, insbesondere aber die Auffassung, daß es für die stabilitätspolitische Beurteilung „in erster Linie auf den Tatbestand der Veränderung der Geldmenge" ankommt. Zwar trifft es zu, daß eine Veränderung der nominellen Variablen einer Volkswirtschaft (Preisniveau, nominelles Volkseinkommen) mit einer Veränderung des Geldvolumens einhergeht. Die ökonomisch entscheidendere Frage lautet aber: Wodurch wird die Veränderung des Geldvolumens ausgelöst? Und hier lautet die Antwort: letztlich immer über eine *Änderung* der *effektiven Nachfrage*[54]. Unzulässig wäre auch die Annahme, eine Änderung der Geldmenge führe in jedem Fall zu einer Änderung der effektiven Nachfrage[55]; für letzteres sind zunächst einmal die Kaufentscheidungen der privaten Haushalte und der Unternehmungen maßgeblich, die ihrerseits an den Einkommens- resp. Gewinnerwartungen orientiert werden, die nicht unmittelbar von Geldmengenänderungen beeinflußt werden. Nehmen wir das oben aufgeführte Beispiel eines zentralbankfinanzierten Budgetdefizits. Nicht die von der Zentralbank geschaffene Geldmenge an sich ist ausschlaggebend, sondern die Entfaltung von Nachfrage durch den Staat, also der fiskalpolitische Impuls auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen, die einen expansiven Prozeß auslösen, der von der Geldpolitik lediglich monetär alimentiert wird. Das gleiche gilt für eine autonome Änderung der Geldmenge durch expansive Offenmarktpolitik. Auch in diesem Fall ist die Änderung der effektiven Nachfrage ursächlich für die Auswirkungen einer Änderung der Geldmenge auf den realen Sektor, und zwar über eine Senkung der Zinssätze, die zu günstigen Unternehmererwartungen

---

mans — des Mentors aller Monetaristen —, der gleichfalls auf die Veränderung der Geldmenge abstellt: „By fiscal policy I mean changes in government spending and taxing, holding the quantity of money constant. *By monetary policy, I mean changes in the quantity of money,* holding government spending and taxing constant". Milton *Friedman:* The Counter-Revolution in Monetary Theory. First Wincott Memorial Lecture delivered at the Senate House, University of London, 16 September 1970; published by the Institute of Economic Affairs 1970, S. 18 (Hervorheb. d. Verf.).

[54] Vgl. dazu *Schneider:* Automatismen oder Ermessensentscheidungen, S. 11.

[55] Unterstellt man für einen Augenblick, daß zusätzliche Geldmenge identisch sei mit zusätzlicher Nachfrage, so kann es nur dann zu einer allgemeinen Preisniveausteigerung kommen, wenn die Ausbringung auf allen Produktionsstufen nur zu steigenden Grenzkosten vorgenommen wird resp. die Kapazitätsgrenze erreicht ist und Nachfragesteigerungen nur noch zu Preiseffekten führen. Die von monetaristischer Seite vertretene Wirkungsanalyse sieht in einer Änderung der Geldmenge die Ursache für eine Änderung der effektiven Nachfrage, die ihrerseits eine Änderung des Güterpreisniveaus bewirke. „Der umgekehrte Zusammenhang, daß eine Änderung der effektiven Nachfrage eine Änderung der Geldmenge induzieren, daß also z. B. eine Erhöhung der effektiven Nachfrage zu einer Erhöhung der Geldmenge führen kann, wird ... nicht erfaßt." Erich *Schneider:* Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil (Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung). 11. Aufl. Tübingen 1969. S. 232.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und damit zu einer Erhöhung der effektiven Nachfrage führen können[56]. Die entscheidende wirtschaftspolitische Implikation starrer Regelbindungen liegt in dem Verzicht auf eine gestaltende Einflußnahme in den wirtschaftlichen Prozeß. Wirtschaftswissenschaftliche Forschung, die Nicht-Handeln als prozeßpolitische Rezeptur ausgibt, nimmt sich einen Teil ihrer Wirkungsmöglichkeiten; ihre Anstrengungen sollten vielmehr darauf gerichtet sein, den vorhandenen Ermessensspielraum durch Verbesserung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums auszudehnen, das Maß an Flexibilität zu erhöhen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, „daß das ‚Ruder' schnell herum geworfen werden kann, sobald sich destabilisierende Wirkungen zeigen bzw. sich aus der Diagnose einer bestimmten Situation neue Aspekte für eine Änderung der Politik ergeben"[57].

IV. Zum Verhältnis von Geld- und Fiskalpolitik bei fehlender außenwirtschaftlicher Absicherung und „gesellschaftlich determinierter Ausgabenpolitik" unter Berücksichtigung des Beispiels der BRD

In der oben[58] skizzierten, auf zwei Pfeilern ruhenden Stabilisierungspolitik wurde a) vom Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung[59] abstrahiert resp. seine Bewältigung vorausgesetzt und b) die grundsätzliche Eignung einer kompensatorischen Ausgabenpolitik für Stabilisierungszwecke nicht in Frage gestellt. Beide Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik können jedoch nicht (mehr) als gegeben angesehen werden. Dies gilt für die außenwirtschaftliche Absicherung seit Bestehen des Währungssystems von Bretton Woods und seit dem Übergang der meisten westlichen Industrienationen zu einer weitgehenden, insbesondere den Güter- und Dienstleistungsverkehr einschließenden Konvertibilität der nationalen Zahlungsmittel[60]. Die Eignung der antizyklischen Variation der Staatsausgaben zum Zwecke der Konjunktursteuerung wird erst in neuerer Zeit in Frage gestellt.

Beziehen wir zunächst das ungelöste Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung in die Betrachtung über das Verhältnis von Geld- und Fiskalpolitik ein. Der gleichgerichtete Einsatz geld- und fiskalpolitischer Instrumente führt nur dann zu „idealen" Stabilitätsergebnissen, wenn gleichzeitig internes und externes Gleichgewicht erreicht

---

[56] Vgl. dazu *Schneider:* Automatismen oder Ermessensentscheidungen, S. 11.
[57] Ebd., S. 16.
[58] S. 540 ff.
[59] Siehe dazu Heiko *Körner:* Ungelöste Probleme der „außenwirtschaftlichen Absicherung". Jb. f. Sozialwiss., 20. Bd. (1969), S. 235 ff.
[60] Der Übergang zum Blockfloating und die autonome Freigabe des Wechselkurses durch einige Länder haben die Problematik der außenwirtschaftlichen Absicherung nur vorübergehend für einen regionalen Teilbereich entschärft.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden können und die Autonomie aller im Verteilungsprozeß auftretenden Gruppen erhalten bleibt. Daß die tatsächlichen Stabilitätsergebnisse weniger günstig ausfallen, zeigt das Beispiel der Bundesrepublik, in der die — allerdings nicht immer gleichgerichteten — Stabilisierungsbemühungen von Geld- und Fiskalpolitik durch außenwirtschaftliche Einflüsse konterkariert wurden. Geht man davon aus, daß eine *ständige* Freigabe des Wechselkurses und konsequente Handels- *und* Kapitalverkehrskontrollen ausscheiden, bietet sich ein „policy mix" an, das darauf abzielt, eine Arbeitsteilung zwischen Geld- und Fiskalpolitik dergestalt vorzunehmen, daß der Geldpolitik die Aufgabe zukommt, für „Ruhe an der außenwirtschaftlichen Front" zu sorgen, insbesondere durch Maßnahmen, die dem engen internationalen Zinsverbund im System fester Wechselkurse Rechnung tragen, während der Fiskalpolitik die Stabilisierung der Binnenkonjunktur zugewiesen wird[61]. Dieser Rollenverteilung folgte für eine geraume Zeit offensichtlich auch die Deutsche Bundesbank[62]. Danach vermag die Geldpolitik nur dann einen wirksamen Beitrag zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung zu leisten, wenn ihr „eine weitgehende Absicherung gegenüber Geldzuflüssen aus dem Ausland"[63] gelingt. Als geeignetes Mittel dazu erschien der Bundesbank eine an den internationalen Kreditmärkten orientierte Zinspolitik, unabhängig davon, ob sich eine solche Zinsgestaltung mit der jeweiligen Binnenkonjunktur vereinbaren läßt. Der Fiskalpolitik wurde dagegen — vor allem im Wege einer kompensatorischen Ausgabenpolitik — die Hauptlast der binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik auferlegt, da „deren Wirksamkeit weit weniger den konterkarierenden Einflüssen aus dem Ausland unterliegt als die Geldpolitik"[64]. Gemessen an der Aufgabe, die die Bundesbank der Geldpolitik zuwies, nämlich die „Regulierung des Geldumlaufs und der Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern"[65], in befriedigender Weise zu lösen, bedeutete das Ergebnis für das Jahr 1972 einen Fehlschlag. Die Zuwachsrate des Geldvolumens beträgt für diesen Zeitraum in der Definition von M_1 (Bargeld und Sichteinlagen von Nichtbanken) 13,4 v.H., in der erweiterten Definition von M_2 (die neben M_1 auch die Termineinlagen der Nichtbanken mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren umfaßt) sogar 25,1 v.H.[66]. Befriedigend im Sinne eines inflationsneutralen Geldmengenwachstums kann dieses Ergebnis sicherlich nicht ge-

---

[61] Zum Konzept des ‚policy mix' siehe Robert A. *Mundell:* The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability. In: *Smith, Teigen* (Hrsg.), S. 611 ff.

[62] Zur detaillierten Kritik an diesem Vorgehen siehe Peter *Trapp*, Norbert *Walter:* (Überredungs)Macht und (Handlungs)Ohnmacht der Deutschen Bundesbank. Kiel 1972. S. 6.

[63] Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1971, S. 18.

[64] Ebd., S. 25.

[65] Ebd., S. 18.

[66] Ebd., S. 20.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nannt werden. Selbst wenn für den fraglichen Zeitraum auf Grund der Zinspolitik die außenwirtschaftliche Stabilisierung (gemessen an der Abnahme des Devisenzuflusses) als gelungen angesehen wird, überwiegen deren binnenwirtschaftliche Folgen: eine sich verstärkt fortsetzende Kreditausweitung und Geldmengenexpansion. Daß die Gründe für die beklagte starke Kreditausweitung in der an den außenwirtschaftlichen Gegebenheiten orientierten Zinspolitik liegen, scheint die Bundesbank offentsichtlich nicht wahr haben zu wollen. Es gilt aber: „Wer niedrige Zinsen garantiert, braucht sich über eine hohe Kreditnachfrage nicht zu wundern, im Gegenteil, er provoziert sie[67]." Im System fester Wechselkurse bedeutet daher eine zahlungsbilanzorientierte Geldpolitik faktisch den Verzicht auf eine binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik — ausgenommen der Fall, daß binnenwirtschaftliche Ziele und Zahlungsbilanzerfordernisse die gleichen Maßnahmen verlangen[68]. Die Aufgabe, für interne Stabilität zu sorgen, wird damit der Fiskalpolitik zugewiesen. Die Frage lautet daher: Vermag die Fiskalpolitik (noch) zu leisten, was ihr als Aufgabe aufgetragen ist?

Im Hinblick auf eine antizyklische Gestaltung der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte werden, wie *Neumark* bemerkt, „teils unberechtigte, teils berechtigte oder doch zumindest diskutable *Gegenargumente* vorgebracht"[69]. Diese Argumente richten sich jedoch nicht gegen den antizyklischen Einsatz der Ausgabenpolitik zur Überwindung einer Rezessionsperiode — über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens besteht unter Wissenschaftlern nahezu Einmütigkeit —, sondern gegen eine restriktive Ausgabengebarung zur Bekämpfung einer konjunkturellen Überhitzung; antizyklische Haushaltspolitik wird in diesem Sinne als „one-way-program" verstanden. Die Einwände gegen konjunkturpolitisch motivierte Ausgabenvariationen (zur Bändigung eines Booms) lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Den mehr technisch-administrativen Hinweis auf die angebliche Invarianz des überwiegenden Teils des Ausgabenbudgets; danach liegen 80 - 90 v.H. des Ausgabenvolumens auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen fest, können also zur Konjunktursteuerung nicht eingesetzt werden; die verbleibenden 10 - 20 v.H.,

---

[67] *Trapp, Walter:* S. 6. — Gleichwohl ist der Umkehrschluß nicht zulässig, daß hohe Zinssätze in jedem Fall eine rückläufige Kreditnachfrage bewirken.

[68] Die These, daß auch eine (ausschließlich) binnenwirtschaftlich orientierte Geldpolitik im System fester Wechselkurse letztlich Zahlungsbilanzpolitik bedeutet, belegt N. *Walter* am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit nach 1967; danach scheiterte eine binnenwirtschaftlich ausgerichtete Geldpolitik immer dann, wenn sie nicht gleichzeitig den außenwirtschaftlichen Erfordernissen entsprach. Siehe dazu Norbert *Walter:* Zentralbankpolitik: Konjunktursteuerung oder Zahlungsbilanzpolitik. Weltwirtschaft — Halbjahreszeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1971, H. 2, S. 113 ff.

[69] Fritz *Neumark:* Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen. 2. Aufl. Wiesbaden 1969. S. 39.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der variable Teil der Staatsausgaben, stellen aber eine zu geringe Manövriermasse dar, um konjunkturwirksam eingesetzt werden zu können[70]. Diesem — nach *Neumark* — vorwiegend von der Finanzbürokratie erhobenen Einwand wird entgegengehalten, daß zur Konjunkturstabilisierung notwendig werdende Variationen auf der Ausgabenseite des Budgets auch den angeblich invariablen Teil der Staatsausgaben einschließen könnten, sofern der Wille vorhanden sei, die gesetzlichen Bestimmungen, auf denen die Ausgabenverpflichtungen beruhen, ändern zu wollen[71]. Ergänzend wird darauf hingewiesen, daß in vielen Fällen die angestrebte konjunkturelle Wirkung schon erzielt werden könnte, wenn anstelle einer absoluten oder relativen Kürzung eine zeitliche Streckung oder Verschiebung bereits beschlossener Ausgaben vorgenommen würde. In diesem Falle befindet man sich aber schon im Grenzbereich zwischen den mehr technisch-administrativen Einwänden gegen eine an den konjunkturellen Erfordernissen ausgerichtete flexible Ausgabenpolitik auf der einen Seite[72] und grundsätzlichen Bedenken, die staatlichen Ausgaben zum „Büttel" der Konjunktursteuerung machen zu wollen, auf der anderen Seite. Ob eine konjunkturell motivierte Streckung oder Verschiebung staatlicher Ausgaben vertretbar erscheint, hängt zunächst einmal davon ab, ob mit ihnen Investitionen im Infrastrukturbereich finanziert werden oder ob sie in den großen Bereich des „Sozialkonsums" fließen sollen. Auf mittlere oder längere Sicht gesehen, kann es durchaus zweifelhaft erscheinen, wachstumsfördernde Sozialinvestitionen — insbesondere bei grundsätzlich unzureichender Infrastrukturausstattung — kurzfristigen

---

[70] *Neumark:* Fiskalpolitik, S. 39.

[71] *Neumark* verweist in diesem Zusammenhang auf das Haushaltssicherungsgesetz aus dem Jahre 1966, in dem wahlpolitisch motivierte Ausgabeentscheidungen des 5. Deutschen Bundestages nach dem Wahlgang ausgabemindernd korrigiert wurden. Siehe ebd., S. 40.

[72] Es können hier nicht alle mit dem — zugestandenermaßen — unscharfen Rubrum ‚technisch-administrativ' versehenen Einwände gegen eine antizyklische Ausgabenpolitik aufgeführt werden, zumal viele von ihnen nur grundsätzliche Bedenken gegen eine konjunkturell orientierte Ausgabengebarung kaschieren. Ein wichtiger Einwand sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben: die Schwierigkeiten, die in einem föderalistisch organisierten Staatswesen mit seiner Vielzahl haushaltsrechtlich autonomer Gebietskörperschaften, einem konjunkturell abgestimmten gemeinsamen Ausgabeverhalten im Wege stehen. Hier handelt es sich nicht nur um ein technisches Koordinierungsproblem, vielmehr divergieren die Interessen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen in einem Ausmaß, die ein gleichgerichtetes Haushaltsgebaren erheblich erschweren. Zudem ist in vielen Gebietskörperschaften das „konjunkturelle Bewußtsein" noch sehr unzureichend ausgebildet; so fällt es beispielsweise mancher Stadtregierung schwer, einzusehen, daß in Zeiten (konjunkturell bedingter) Steuermehreinnahmen Zurückhaltung bei der Ausgabengestaltung geboten ist, dagegen in Zeiten (konjunkturell bedingter) Mindereinnahmen im Interesse einer Verstetigung des Konjunkturverlaufs ein expansives Ausgabengebaren notwendig werden kann.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

konjunkturellen Notwendigkeiten unterzuordnen[73]. Gesamtwirtschaftlich vorteilhafter — wenn auch unpopulärer — wären in einem solchen Fall Einsparungen im Bereich des „Sozialkonsums" (z. B. bei den Subventionen). Die Erfahrung lehrt jedoch, daß einmal gewährte Sozialleistungen und Subventionen in der Regel irreversibel sind[74]. Angesichts der geschilderten Sachlage, der aus strukturellen und wachstumspolitischen Gründen unerwünschten Bindung von Sozialinvestitionen an den Konjunkturzyklus auf der einen Seite und der politisch-soziologisch begründbaren Irreversibilität staatlicher Konsumausgaben (Sozialleistungen und Subventionen) auf der anderen Seite, erklärt sich die unter Wissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern zunehmende Auffassung, Variationen in der staatlichen Ausgabenpolitik seien kein geeignetes Mittel (mehr) zur Konjunktursteuerung[75]; Staatsausgaben seien vielmehr weitgehend „gesellschaftlich determiniert"[76]. Die vorgetragenen Bedenken gegen eine sich vornehmlich auf Ausgabenvariationen stützende Konjunktursteuerung werden in den meisten Fällen mit dem Vorschlag verknüpft, auf die Einnahmenseite des Budgets auszuweichen, die zur Konjunkturstabilisierung als besser geeignet angesehen wird. Nach *Neumark* „vertreten die Theoretiker überwiegend den Standpunkt, konjunkturpolitisch motivierte Fiskalmaßnahmen sollen in erster Linie aus entsprechenden Variationen der Besteuerung bestehen"[77].

Unter den in Frage kommenden Steuern, die für einen konjunkturpolitisch motivierten Einsatz als besonders geeignet angesehen werden, stehen Variationen der Einkommen- und Körperschaftsteuer an erster Stelle[78]. Trotz gewisser Mängel, insbesondere wegen des in einigen Ländern noch unzulänglichen Steuererhebungsverfahrens (mangelnde Beachtung des „pay-as-you-go"-Prinzips mit seinen gelegentlich prozyklischen Wirkungen), werden die Vorzüge dieser Abgabenart als über-

---

[73] Freilich führt dies häufig zu fatalen Konsequenzen: Werden zusätzliche Infrastrukturinvestitionen ohne eine gleichzeitige Einschränkung der (privaten und öffentlichen) Konsumausgaben finanziert, verstärkt sich ein vorhandener inflationärer Boom; ein Teil der Infrastrukturausgaben dient dann lediglich der Finanzierung inflationär aufgeblähter „Nominalinvestitionen".

[74] Vgl. dazu *Neumark:* Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen, S. 48. Wegen der Erfahrung der Irreversibilität verweist *Neumark* auf die gesamtwirtschaftliche Fragwürdigkeit einer konjunkturpolitisch begründeten Ausdehnung solcher Ausgaben.

[75] Diese Ansicht gilt — wie oben schon erwähnt — lediglich für den Fall der Inflationsbekämpfung mittels absoluter oder relativer Ausgabenkürzungen.

[76] Vgl. dazu die entsprechenden Diskussionsbeiträge von Egon *Sohmen,* Herbert *Giersch* und Hans *Ehrenberg:* In: *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft.

[77] *Neumark:* Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen, S. 55.

[78] Zur Begründung im einzelnen siehe ebd., S. 63 ff. Daneben kommen in Frage die Verbrauchssteuern und als spezifische „Konjunktur- und Wachstumssteuer ... eine *Investitionssteuer* mit Komplement: den sogen. Investitionsfonds ...", S. 65 f.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wiegend angesehen. Dem vor allem von Unternehmerseite stets wiederkehrenden Einwand, eine konjunkturell motivierte Variation der Einkommensteuersätze führe zu zusätzlicher Unsicherheit bei Kalkulationen und Investitionsscheidungen, wird entgegnet, Flexibilität des Steuersystems sei eine Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität[79] und damit auch im Interesse der unternehmerischen Dispositionen. Schwerwiegender ist ein anderer Vorbehalt, der gegen konjunkturpolitisch motivierte kurzfristige Variationen in der Einkommensbesteuerung geltend gemacht wird; die Erfahrung zeigt nämlich, daß in einer Boomphase Steuersatzvariationen nicht geeignet sind, die Investitionsneigung der Wirtschaft nachhaltig zu beeinflussen[80], und hinsichtlich der Beschränkung einer übermäßigen Konsumnachfrage durch kaufkraftabschöpfende Steueränderungen wird auf die Gültigkeit der „permanent-income-hypothesis" verwiesen, derzufolge die Höhe der Konsumausgaben nicht von kurzfristigen Änderungen im verfügbaren Einkommen, sondern von den längerfristigen Einkommenserwartungen bestimmt wird.

Ein anderer Gesichtspunkt, der *generelle* konsumeinschränkende Steuererhebungen als Mittel der Konjunktursteuerung fragwürdig erscheinen lassen könnte, sind die verteilungspolitischen Auswirkungen einer solchen Maßnahme, die im wesentlichen die unteren Einkommensschichten träfen[81]. Während bei den oberen Einkommensschichten eine relativ geringe Elastizität der Ausgaben im Hinblick auf Einkommensänderungen festzustellen ist, verwenden die unteren Einkommensschichten nahezu ihr gesamtes Einkommen für Konsumzwecke und würden damit von Einkommensreduktionen unmittelbar getroffen werden.

Die vorausgegangenen Ausführungen ließen erkennen, daß durch ein (weitgehendes) „Umrüsten" von der Ausgaben- auf die Einnahmeseite des Budgets noch keineswegs eine konjunkturgerechte Nachfragesteuerung sichergestellt wäre. Zwar scheint der konjunkturpolitische Spielraum auf der Einnahmeseite vergleichsweise größer zu sein, doch reicht er nicht aus, um den Steuerungsverlust, der aus einer verringerten Manipulationsfähigkeit der Ausgabenseite herrührt, oder gar die Unzulänglichkeiten eines Einsatzes der Geldpolitik im System fester Wechselkurse ausgleichen zu können.

---

[79] *Neumark:* Fiskalpolitik, S. 69.

[80] *Ehrlicher* verweist in diesem Zusammenhang auf den Mißerfolg der Steuererhöhung des Jahres 1968 in den USA. Werner *Ehrlicher:* Die Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik im volkswirtschaftlichen Systemzusammenhang. Kredit und Kapital, 5. Jg. (1972), S. 414. — Zur Vermeidung eines prozyklischen Investitionsverhaltens sei hier an die Einrichtung des ‚Swedish Investment Fund' und an den Vorschlag des deutschen Sachverständigenrates zur steuerlichen Begünstigung der Rücklagenbildung in den Unternehmen während der Hochkonjunktur und deren Auflösung in einer Rezession erinnert. Siehe dazu Herbert *Giersch:* In: *Giersch* (Hrsg.): Demand Management, S. 10 ff.

[81] Vgl. dazu Egon *Sohmen:* In: *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft, S. 59.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Festzustellen bleibt aber, daß jedes der herkömmlichen Mittel der Globalsteuerung, für sich allein genommen, in seiner Wirksamkeit mehr oder minder stark eingeschränkt ist[82]. Von dieser resignierenden Schlußfolgerung[83] wird in der stabilitätspolitischen Diskussion zu einem bisher noch nicht behandelten Instrument übergeleitet, daß als „große Hoffnung" *(Giersch)* — besser sollte es heißen: letzte Hoffnung — der Konjunktursteuerung angesehen wird: die Einkommenspolitik.

V. Einkommenspolitik als zusätzliche Komponente einer umfassenden Stabilisierungskonzeption

Rothschild bemerkt zum Gegenstand der Einkommenspolitik, daß es sich hierbei um einen „Zuwachs recht jungen Datums im Vokabular der Wirtschaftspolitik"[84] handelt. Daß dieser „Zuwachs" nicht unumstritten ist, zeigen beispielsweise die Äußerungen Erich *Schneiders,* der die Vokabel „Einkommenspolitik" am liebsten aus dem „Wörterbuch der Wirtschaftspolitik" gestrichen sähe[85]. Gleichwohl hat sie sich durchgesetzt, wenn auch der Begriff in recht vieldeutiger und unscharfer Weise Verwendung findet[86].

Im folgenden wird Einkommenspolitik nicht als Ziel an sich verstanden — etwa im Sinne einer Politik der Einkommenserhaltung und Einkommensgestaltung —, sondern als Mittel (Instrumentvariable) im Hinblick auf die Erreichung einer übergeordneten Zielsetzung, nämlich der Stabilisierung des Preisniveaus.

Wie oben schon angedeutet wurde, folgte der Ruf nach Anwendung einkommenspolitischer Maßnahmen aus den (negativen) Erfahrungen, mit den herkömmlichen Mitteln der Konjunktursteuerung (Geld- und Fiskalpolitik) das angestrebte Maß an Preisniveaustabilität erreichen zu wollen. Insbesondere mit dem Hinweis, daß geld- und fiskalpolitische Dämpfungsmaßnahmen angesichts der relativen Preisstarrheit zunächst

---

[82] „So erweist sich all das, was wir bisher über die Globalsteuerung gehört und uns ausgedacht haben, bei näherem Zusehen kaum als erfolgreich." *Giersch:* In: Ebd., S. 60.

[83] *Giersch* stellt sogar in Frage „... warum sollen wir eigentlich den Zyklus bekämpfen, wenn wir im internationalen Inflationsgleichschritt marschieren können und müssen? Sind wir denn überhaupt imstande, uns durch Beeinflussung der Investitionstätigkeit vom amerikanischen Zyklus bei festen Wechselkursen zu lösen?" Ebd.

[84] Kurt W. *Rothschild:* Einkommenspolitik oder Wirtschaftspolitik? In: Erich *Schneider* (Hrsg.): Probleme der Einkommenspolitik — Vorträge auf der Round-Table-Konferenz des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel vom 17. - 19. Mai 1965. Tübingen 1965. S. 63.

[85] Vgl. Erich *Schneider:* Einkommenspolitik in der Marktwirtschaft? Frankfurter Allgemeine Zeitung (20. 9. 1966).

[86] Vgl. Winfried *Schmähl:* Probleme einer Einkommenspolitik in marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen. Finanzarchiv, 29. Bd. (1970), S. 135.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur unerwünschte Einschränkungen bei Produktion und Beschäftigung hervorrufen — also das primäre Ziel der Preisstabilisierung verfehlen —, wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, auf die Entstehungsseite (Kostenseite) einer überhöhten Nachfrage einzuwirken. Mit anderen Worten: Die Gefahr von Produktionseinbußen und Beschäftigungslosigkeit im Falle stabilisierungspolitischer Maßnahmen könnte dann vermieden werden, wenn es gelänge, „die Lohnerhöhungen in angemessenen Grenzen zu halten, also eine Einkommenspolitik zu schaffen, die die Entscheidungsfreiheit der Arbeitsmarktparteien an gewisse Normen bindet"[87]. *Hallers* Umschreibung der Einkommenspolitik steht für viele andere Autoren, für die, wie *Bombach* bemerkt, Einkommenspolitik „nur ein neuer Terminus für Lohnpolitik, eine euphemistische Umschreibung von Interventionen in den Lohnbildungsprozeß"[88] darstellt. Zweifellos führt eine Beschränkung des Wachstums der Geldhöhe und damit eine Reduzierung der potentiellen Gesamtnachfrage dazu, daß ein Druck auf das Preisniveau resp. dessen verlangsamter Anstieg zu erwarten ist. Aus verteilungspolitischen Gründen und — last but not least — um überhaupt die Mitarbeit der Arbeitnehmerorganisationen gewinnen zu können, bedarf es einer Einbeziehung der Nichtlohneinkommen, also insbesondere der Gewinne der Unternehmungen. Wirft schon das Leitziel, die Lohnforderungen im Interesse der Geldwertstabilität am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt zu orientieren, wegen der Problematik der Produktivitätsmessung nicht unerhebliche Schwierigkeiten auf[89], so scheinen die Probleme im Hinblick auf eine Gewinnbeschränkung noch schwerwiegender zu sein. Eine Beschränkung der Gewinne soll sich ja — ebenso wie die der Löhne — auf eine künftige Periode beziehen. Der Gewinn ist aber im voraus nicht bestimmbar, da er eine Residualgröße darstellt, die erst am Ende einer Planungsperiode ermittelt werden kann[90]. Eine direkte Beeinflussung der Gewinne ist daher — im Gegensatz zur Bildung der Lohneinkommen — nicht bei ihrer Entstehung, sondern erst nachträglich über eine entsprechende steuerliche Behandlung möglich[91]. Als geeigneter zur Gewinnbeein-

---

[87] Heinz *Haller:* Finanzwirtschaftliche Stabilisierungspolitik im Wirtschaftswachstum. Z. f. d. ges. Staatswiss., 125. Bd. (1969), S. 142.

[88] Gottfried *Bombach:* In: *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft, S. 69.

[89] Siehe dazu u. a. Gottfried *Bombach:* Wirtschaftswachstum und Stabilität. Eine theoretische Analyse; Wachstum und Konjunktur. Darmstadt, Opladen 1960. S. 75 ff. und die dort angegebene Literatur.

[90] Vgl. dazu u. a. Karl Friedrich *Larenz:* Untersuchungen zur Einkommenspolitik. Tübingen 1968. S. 18 — Emil Pierre *Dieterlen:* Einkommenspolitik und monetäres Gleichgewicht. In: *Schneider* (Hrsg.): Probleme der Einkommenspolitik, S. 91. — Emil *Küng:* Lohninflation und Gewinninflation, S. 45. — Heinz *Müller:* Die Problematik der heutigen Einkommenspolitik. Die Aussprache, 21. Jg. (1971), Heft 1/2, S. 37.

[91] Die Schwierigkeiten auch einer nachträglichen Gewinnbeeinflussung (direct-non-wage Incomes Policy) liegen auf der Hand. Erinnert sei lediglich an

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

flussung wird daher eine direkte Einwirkung auf die unternehmerische Preispolitik angesehen. Einkommenspolitik kann so als eine mehr oder minder starke Beeinflussung des Preis- und Lohnbildungsprozesses durch Personen und/oder Institutionen, die nicht mit den Tarifpartnern identisch sind, verstanden werden[92, 93]. Die Intensität der Einflußnahme kann von der Vorgabe unverbindlicher Orientierungsdaten für die Lohn- und Preisbildung bis zur staatlichen Lohn- und Preisfestsetzung reichen.

Die unzureichenden Stabilisierungsergebnisse der Geld- und Fiskalpolitik und der gleichzeitige Ruf nach einkommenspolitischen Maßnahmen lassen gelegentlich den Eindruck aufkommen, eine wie auch immer geartete Einkommenspolitik könnte an die Stelle der Geld- und Fiskalpolitik treten und mit besseren Ergebnissen aufwarten. So vertritt L. C. *Andersen* die Auffassung, die einkommenspolitischen Maßnahmen der US-Regierung im Jahre 1965 hätten dazu geführt, daß viele Mitglieder des Federal Reserve Systems diesen Schritt mißverstanden hätten als „excuse for not doing anything with regard to monetary policy. It (die einkommenspolitischen Maßnahmen, d. Verf.) became a substitute

---

den Manipulationsspielraum bei der Feststellung des steuerlichen Gewinns sowie die Möglichkeit der Überwälzung von Gewinnsteuern. Zur Überwälzbarkeit von Gewinnsteuern a) aus mikroökonomischer Sicht: Siehe die Diskussion zwischen Karl *Häuser* und Helmut *Arndt* im Finanzarchiv; Karl *Häuser:* Die Unüberwälzbarkeit der Einkommen- und Körperschaftsteuer bei Gewinnmaximierung. Fin.Arch., N.F. Bd. 20 (1960), S. 422 ff. Helmut *Arndt:* Zur mikroökonomischen Analyse der Überwälzbarkeit der Einkommensteuer und zur Frage der Übertragung von Modellergebnissen auf historische Tatbestände. Ebd., Bd. 21 (1961), S. 47. Karl *Häuser:* Einiges über die Wirklichkeit und über die Unüberwälzbarkeit der Einkommensteuer — eine Replik. Ebd., S. 428 ff. Helmut *Arndt:* Kurvenverschiebungen und mikroökonomische Überwälzung. Ebd., Bd. 22 (1962), S. 71 ff. — b) aus makroökonomischer Sicht: Siehe dazu die „Föhl-Debatte" in den Jahren 1953 - 1956; insb. Carl *Föhl:* Das Steuerparadoxon. Fin.Arch., N.F. Bd. 17 (1957/57), S. 1 ff.

[92] Zu weiteren Definitionsversuchen siehe *Schmähl:* S. 136 ff.

[93] Die Diskussion über die Frage, inwieweit Einkommenspolitik in dem hier definierten Sinne mit den Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu vereinbaren ist, führt nur noch ein Schattendasein. Zwar wird anerkannt, daß insbesondere die unter staatlicher Beteiligung vorgenommene Festsetzung der Geldlöhne „im Gegensatz zu den wesentlichen Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung und vor allem der Tarifautonomie der Sozialpartner" (*Larenz:* S. 15) steht; im Hinblick auf die Erfüllung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen (Preisstabilität, Vollbeschäftigung etc.) glaubt man jedoch der staatlichen Wirtschaftspolitik eine solche Einflußnahme nicht vorenthalten zu dürfen. Ein Beispiel dafür, wie ordnungspolitische Bedenken vor pragmatischen (prozeßpolitischen) Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, die erfolgversprechend scheinen, zurücktreten, zeigt der jüngste Versuch einer Einkommenspolitik „à la Suisse". Die Befürworter dieser Einkommenspolitik vertreten die Auffasung, daß ihr (der Einkommenspolitik) „ein Beitrag zur Teuerungsbekämpfung kaum abzusprechen wäre, obwohl es nicht unseren Ordnungsvorstellungen entspreche". o. V.: Preisüberwachung als Einkommenspolitik in schweizerischem Stil. Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe (30. 6. 1973). Darüber hinaus hat sich seit geraumer Zeit in den vorwiegend marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften zweifellos die „propensity to intervene" verstärkt.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

for a good stabilization policy"[94]. Ob und wieweit dieser Vorwurf gerechtfertigt ist, mag unerörtert bleiben. Jedenfalls wird von den Befürwortern der Einkommenspolitik darauf hingewiesen, daß sie lediglich als Ergänzung des geld- und finanzpolitischen Instrumentariums Erfolg verspreche, wobei letzteres sich vor allem auf die Bekämpfung nachfrageinduzierter Inflationsprozesse (demand-pull-inflation) richten sollte, während die Einkommenspolitik primär auf die Eindämmung inflatorischer Kostenerhöhungen (cost-push-inflation) hinwirken sollte[95].

Die bisherigen Erfahrungen in der Anwendung der Einkommenspolitik zeigen darüber hinaus, daß der entscheidende — zeitlich vorausgehende — Stabilisierungsbeitrag von der staatlichen Wirtschaftspolitik (einschließlich der Zentralbankpolitik!) geleistet werden muß. Gelingt es der staatlichen Globalsteuerung nicht, einen maßgeblichen nachfrageorientierten Stabilisierungbeitrag zu leisten, d. h. gelingt es nicht, einen überbordenden Nachfragesog (in dessen Gefolge verteilungspolitisch unerwünschte Gewinnexplosionen eintreten) zu zügeln[96], sind Forderungen nach Zurückhaltung auf der Lohn(kosten)seite unzumutbar und — wie die Erfahrung zeigt — auch vergeblich. Die Folgen sind dann ein verschärft geführter Verteilungskampf mit einer sich immer mehr verstärkenden Inflationsrate (deren Finanzierung durch ein sehr elastisches Geld- und Kreditsystem und die internationalen Geld- und Kreditquellen, deren Bedeutung ständig wächst, erleichtert wird).

Einkommenspolitische Maßnahmen dürften daher nur dann eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie in ein umfassendes stabilitätspolitisches Konzept eingebettet werden[97].

Wie ist es aber um dieses Konzept bestellt? Die vorangegangenen Ausführungen zur Geld- und Fiskalpolitik, in denen eine ganze Reihe von Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeiten eines erfolgversprechenden Einsatzes dieser Instrumente aufgeführt worden waren, könnten den Eindruck hinterlassen, die Chancen einer auf Stabilität ausgerichteten Politik würden in unangemessener Weise in Frage gestellt.

---

[94] L. C. *Andersen:* In: *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft, S. 68.

[95] Eine scharfe Trennung beider Inflationstypen ist nur in der Theorie vertretbar. In der Praxis sind beide „Idealtypen" häufig miteinander verwoben, oder sie erweisen sich lediglich als verschiedene Phasen ein und desselben Inflationsprozesses.

[96] Erinnert sei hier vor allem an die in vielen Ländern beträchtliche außenwirtschaftliche Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und an das nach wie vor nicht gelöste Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung (vgl. dazu die jüngste Entwicklung des Außenhandelsvolumens in der Bundesrepublik Deutschland).

[97] Vgl. *Schmähl:* S. 153 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zunächst einmal schien es notwendig, durch das Aufzeigen der vielfältigen Schwierigkeiten, die einer zufriedenstellenden Globalsteuerung entgegenstehen, den in dieser Hinsicht offensichtlich zu weit gespannten Erwartungshorizont auf ein realistisches Maß zurückzuführen. Die Skepsis und Verdrossenheit, die seit geraumer Zeit in der Beurteilung der Erfolgsaussichten der Globalsteuerung im Zunehmen begriffen sind, haben ihren Grund. Eine — wie sich nachträglich herausstellte — zu anspruchsvolle Zielformulierung (insbesondere im Hinblick auf das erreichbare Maß an Preisniveaustabilität), die von Wissenschaftlern (siehe die eingangs zitierte Äußerung *Friedmans,* s. Fußnote 5) und Wirtschaftspolitikern gemeinsam zu verantworten ist, haben zu überzogenen Erwartungen und —als diese nicht eintraten — zur Enttäuschung und Verärgerung in der Öffentlichkeit geführt.

Das ändert nichts daran, daß die Globalsteuerung — mißt man ihr Ergebnis an bescheideneren Zielvorhaben — ihre Bewährungsprobe bestanden hat. Konjunkturelle Einbrüche konnten in der jüngeren Vergangenheit nicht zuletzt dank der Wirksamkeit des herkömmlichen geld- und fiskalpoltischen Instrumentariums vermieden werden; der traditionelle Konjunkturzyklus ist weitgehend durch den Wachstumszyklus abgelöst worden; weitergehende Zielsetzungen, z. B. die Verwirklichung des „magischen Polygons", erwiesen sich — jedenfalls nach den bisherigen Erfahrungen — als zu hoch angesetzt.

Gleichwohl hat die im großen und ganzen zufriedenstellende Bilanz einige beachtliche Schönheitsfehler. Die in aller Ausführlichkeit behandelten Unzulänglichkeiten der seitherigen Stabilisierungspolitik machten dies deutlich. Über die daraus zu ziehenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen gehen die Auffassungen auseinander. U. E. überzeugen diejenigen Vorschläge nicht, die letztlich einen Verzicht auf die gestaltende Einflußnahme in den wirtschaftlichen Prozeß empfehlen. Erfolgversprechender scheint die bessere Ausgestaltung und der rationalere Einsatz des herkömmlichen Instrumentariums, wobei auf die veränderten wirtschaftlichen, soziologischen und politischen Umweltbedingungen abzustellen ist.

Für das Verhältnis von Geld- und Fiskalpolitik zueinander bedeutet dies, daß im Hinblick auf ein eindeutiges und konsistentes Zielsystem die notwendige Koordinierung des Mitteleinsatzes sichergestellt sein muß.

Das Wirksamwerden der Geldpolitik wird künftig ein größeres Maß an Wechselkursflexibilität zur Voraussetzung haben müssen; eine unzureichend geschützte außenwirtschaftliche Flanke konterkariert i. a. R. nicht nur die von der Geldpolitik ausgehenden Stabilisierungsbemühungen, sondern sie nimmt auch fiskalpolitischen Dämpfungsmaßnahmen ihren Sinn, wenn infolge einer eingeschränkten inländischen

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachfrage der Nettotransfer von Gütern und Dienstleistungen an das Ausland zunimmt und die daraus resultierenden inflatorischen Impulse das Preisniveau des Inlandes ansteigen lassen.

Im Bereich der Fiskalpolitik wird die überwiegende (aber nicht die alleinige!) Stabilisierungsaufgabe künftig über Variationen auf der Einnahmenseite geleistet werden müssen; der dort verbliebene konjunkturpolitische Spielraum ist auch unter Berücksichtigung der oben erwähnten Beeinträchtigungen („permanent-income-hypothesis", relative Unempfindlichkeit der Investitionsausgaben gegenüber Steuersatzvariationen im Boom etc.) vergleichsweise größer als auf der Ausgabenseite.

Der rechtzeitige und angemessene Einsatz der Geld- und Fiskalpolitik sollte dazu führen, daß ein Konjunkturaufschwung nicht in einen überschäumenden Boom einmündet; nur dann kann das Entstehen eines Lohn-lags vermieden werden, der das allseits beklagte Fehlverhalten der Sozialpartner vorprogrammiert. Einkommens(lohn)politische Maßnahmen, die das Versagen der Globalsteuerung zu korrigieren versuchen, müssen scheitern, wie die Erfahrung lehrt. Wenn einkommenspolitische Maßnahmen erfolgreich sein sollen, müssen sie früher und auf einer anderen Ebene einsetzen. Für diesen Fall dürfte eine Einbeziehung der Sozialpartner in die Formulierung der Leitlinien der allgemeinen Wirtschaftspolitik unausweichlich sein[98], in denen unter Berücksichtigung bestimmter verteilungspolitischer Zielsetzungen (und unter Zuhilfenahme des Instruments der Vermögenspolitik) über die Aufteilung des Sozialprodukts zwischen den Beteiligten (Staat, Sozialpartner) und dessen Verwendung (Konsum, Investitionen) entschieden werden müßte. Diese Ausführungen zeigen, welche grundsätzlichen Entscheidungen eine erfolgversprechende Anwendung einkommenspolitischer Instrumente aufwirft; es handelt sich um grundsätzliche Mängel, die die Anwendung der Einkommenspolitik in einer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung fragwürdig erscheinen lassen; hält man diese nicht für schwerwiegend genug, verbleiben die noch immer beträchtlichen Schwächen dieses Instruments, die in seiner Ausgestaltung liegen.

Zusammenfassung / Summary

Demand Management — Illusion oder Realität?

Die Kritik an den seitherigen Ergebnissen der Globalsteuerung wird zum Anlaß einer Überprüfung der Funktionsfähigkeit ihrer traditionellen Instrumente — Fiskal- und Geldpolitik — genommen.

[98] Das bedeutet zugleich, daß die „Heilige Kuh" Tarifautonomie *(Bombach)* in Frage gestellt würde, denn der Beweis für die Vereinbarkeit einer freien Lohnfindung auf unserer Ebene und der Verpflichtung zu Lohnabschlüssen nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten in einem übergeordneten Gremium, konnte bisher noch nicht erbracht werden. Vgl. *Bombach:* In: *Bergedorfer Gesprächskreis* (Hrsg.): Globalsteuerung der Wirtschaft, S. 70.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im einzelnen werden ihre Vorzüge und Schwächen im Hinblick auf die Erfüllung der ihnen zugedachten Stabilisierungsaufgabe untersucht. Daran anschließend folgt die Darstellung und kritische Würdigung der sich als Alternative zur herkömmlichen Stabilisierungskonzeption verstehenden modernen Quantitätstheorie (Monetarismus). Zum Schluß wird die Möglichkeit einer Einbeziehung der Einkommenspolitik in ein umfassendes Stabilisierungskonzept geprüft.

Demand Management — Illusion or Reality?

The dissatisfaction with the demand management practised so far is the reason for a review of the functioning of the traditional fiscal and monetary policy. The merits and shortcomings of their means are discussed in detail with regard to their stabilization function. After this follows the presentation and valuation of the modern quantity theory of money (monetarism) as an alternative to the traditional concept of stabilization policy. Finally the possibility to include the incomes policy into an overall concept of stabilization policy will be discussed.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.537 | Generated on 2025-08-15 19:47:10
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/